

Kommunen müssen Millionen allein schultern

KITA-PLÄTZE Zu wenig finanzielle Unterstützung – Kita-Leiterin mahnt attraktivere Ausbildung an

HUDE/KD – „Wenn man bei der Erziehung der Kinder an der Qualität spart, gibt es irgendwann die Quittung“, sagte die Leiterin des katholischen Kindergartens St. Marien, Petra Ahrens. Das reiche dann bis hin zu Kosten für Psychiatrie und Strafvollzug, die die Gesellschaft tragen müsse. Es gehe im Bereich der frühkindlichen Erziehung nicht nur um Quantität, sondern vor allem auch um Qualität.

Ahrens gebrauchte deutliche Worte beim Besuch von CDU-Politikern in der Huder Kita. Junge Leute könnten es sich heute kaum noch leisten, Erzieher zu werden. Die unbezahlte schulische Ausbildung mache den Beruf absolut unattraktiv. Diese unbezahlte



Besuch im Kindergarten: Reinhold Hilbers, Kita-Leiterin Petra Ahrens, Anne-Marie Glowienka, Pfarrer Norbert Steffen, Dirk Vorlauf, Astrid Grotelüschen, Karl-Heinz Bley BILD: KLAUS DERKE

schulische Ausbildung müsse auf eine bezahlte duale Ausbildung umgestellt werden. Auch sei mehr Anerkennung der Arbeit der Erzieherinnen und Erzieher wichtig, einhergehend mit besserer Bezahlung.

„Diesen Wunsch transportieren wir gerne in die politischen Gremien“, so CDU-

Bundestagsabgeordnete Astrid Grotelüschen. Sie war mit Reinhold Hilbers, dem haushaltspolitischen Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, nach Hude gekommen, um sich vor Ort mit dem Kreisvorsitzenden Dirk Vorlauf, CDU-Landtagskandidatin Anne-Marie Glowienka und dem Landtagsabgeordneten Karl-Heinz

Bley über die aktuelle Situation zu informieren.

Dazu gehört auch, dass in Hude, wie auch in anderen Gemeinden, derzeit nur mit Mobilbauten als Notlösung der große Bedarf an Plätzen in Kita und Krippe abgedeckt werden kann. Und die Nachfrage, fast ausschließlich im Ganztagsbereich, werde weiter zunehmen, sagte Ahrens.

Die Huder sind gezwungen, eine neue Kita zu bauen, geschätzte Bausumme: 3,25 Millionen Euro. Bis auf etwa zehn Prozent Zuschuss von Bund, Land und Kreis bleibe die Gemeinde auf einem Millionenbetrag hängen, der wohl nur über Kredite zu finanzieren sei, kritisierte Dirk Vorlauf.

„Wir müssen den Kommunen jetzt helfen“, sagte der finanzpolitische Sprecher der CDU-Fraktion in Hannover, Reinhold Hilbers. Man wolle sich für einen „fairen Pakt“

**24. SEPTEMBER
2017**



BUNDESTAGSWAHL

mit den Kommunen stark machen. Denn neben den Investitionskosten müssen diese auch weitere hohe Ausgaben schultern, wenn es zum beitragsfreien Kita-Besuch kommen sollte. Dann müssten auch die Personalkostenzuschüsse vom Land deutlich erhöht werden.